

Waffenregistrierung

Tatsächlich im Sinne der Sicherheit?

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser! Dieses Motto haben die Führer der EU tief verinnerlicht. Wie schon der mutmaßliche Urheber dieses Zitats, der Bolschewik Lenin, sind auch sie davon überzeugt, es mit unmündigen Narren zu tun zu haben, die man keinen Schritt tun lassen sollte, ohne sie dabei zu überwachen. In der Hauptstadt Großbritanniens, die einstmals ein Hort der Freiheit war, befindet man sich heute auf Schritt und Tritt im Visier von Überwachungskameras. George Orwells düstere Phantasie „1984“ ist dort längst Wirklichkeit geworden.

Selbstverständlich hält es der Leviathan auch für geraten, die Finanzgebarung seiner Untertanen zu überwachen. Ein Bankgeheimnis, so werden wir belehrt, nutzt nur Drogendealern und Waffenschiebern. Höchstbeträge von Bargeldtransaktionen werden limitiert: in Belgien mit derzeit 5.000,- € und in Italien mit gar nur 1.000,- €. Jede größere Transaktion wird elektronisch kontrolliert. Mehr als 10.000,- € seines sauer verdienten Geldes über eine Grenze zu tragen, ist nur dann erlaubt, wenn man zuvor der Zollbehörde Meldung erstattet. Angeblich wegen leidiger Probleme mit „Schwarzgeld“, „Steuerbetrügern“ und „Geldwäsche“. Mit Überwachung, so wird uns von den Obertanen versichert, hat all das natürlich nicht das Geringste zu tun. Es dient nur rechtstreuen Bürgern, die vor jenen geschützt werden sollen, die sich nicht an Regeln und Gesetze halten.

Klar, daß der Staat, dessen Ziele nur auf Grundlage der Ausübung von Gewalt gegen seine eigenen und gegen fremde Bürger verwirklicht werden können (ein Umstand, dessen sich die wenigsten Zeitgenossen bewußt sind), privatem Waffenbesitz mit besonderem Misstrauen begegnet. Ein Monopolist schätzt Konkurrenz nicht. Ziel ist daher die Entwaffnung rechtstreuer Bürger. Jede in den letzten 30 Jahren erfolgte Änderung der Waffengesetze diene allein diesem Zweck. Die Registrierung des derzeit noch nicht amtlich erfassten „Altbestandes“ ist ein weiterer logischer Schritt in dieser Richtung. Schließlich wird damit die Grundlage für eine nachfolgende Konfiskation geschaffen (wie das – zumindest in Kakanien – im Falle von „Pumpguns“ und „Kriegswaffen“ schon praktiziert wird: Diese sind explizit von einer Eigentumsübertragung unter Lebenden und der Vererbung ausgeschlossen).

Zehntausendschaften mittelbar oder unmittelbar von Steuergeldern lebender Intellektueller und Journalisten sind damit beschäftigt, jeden geeignet erscheinenden Anlaß dazu zu nutzen, um gegen den privaten Waffenbesitz (wie allerdings auch gegen jede andere Form uneingeschränkter Privateigentums) zu polemisieren.

So werden Jäger gerne in die Nähe der Tierquälerei gerückt; Sportschützen immer wieder als schießwütige Narren dargestellt und jene Bürger, die auf ihrem Recht zur Selbstverteidigung bestehen, einer paranoiden Grundstimmung und eines abscheulichen Hangs zur Selbstjustiz verdächtigt. Diese unablässige Wühlarbeit trägt Früchte: Daß für die Gesamtzahl der in einer Gesellschaft verübten Gewaltverbrechen gerade jene Waffen so gut wie keine Rolle spielen, deren Besitz auf gültigen Rechtstiteln gründet, wird ignoriert. Die simple Feststellung „*Ein Privater braucht keine Waffe*“ ersetzt jede ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema.

Am Ende geht es darum, das staatliche Monopol zur Ausübung bewaffneter Gewalt sicherzustellen und rigoros durchzusetzen – allerdings nur gegen rechtschaffene Bürger. Hoheitliche Kontrolle, Regulierung, Schnüffelei, Enteignung und Unterdrückung richtet sich ja niemals gegen (organisierte) Kriminelle, die sich zu keiner Zeit je um Gesetze geschert haben und von deren Waffenarsenalen die Behörden folglich keinen blassen Schimmer haben, sondern ausschließlich gegen jene staatsgläubigen Träumer, die – trotz serienweise widriger Erfahrungen – immer noch davon überzeugt sind, es mit einem „Rechtsstaat“ zu tun zu haben, der ihnen die Grundlage für ihr Leben in Freiheit und Sicherheit garantiert.

Daß Kriege, Unterdrückung von und Massaker an (ethnischen) Minderheiten, Folter von Systemabweichlern und Unrechtsjustiz stets ein Werk des Staates und dessen bewaffneter Büttel war und ist, wird aus dem Bewusstsein getilgt. Kein auf eigene Rechnung und persönliches Risiko tätiger Gewaltverbrecher hat je auch nur annähernd Unheil in einem Ausmaß über seine Mitmenschen gebracht, wie staatliche Gewalt es stets getan hat - und weiterhin tut.

Um wie viel effizienter hätten beispielsweise die in der Vergangenheit von nationalen und internationalen Sozialisten begangenen Gräueltaten ausgeführt werden können, wenn schon damals die Möglichkeiten der modernen Elektronik zur Verfügung gestanden wären? Nicht auszudenken! Wer aber möchte seine Hand dafür ins Feuer legen, daß derartige Untaten niemals wieder vorkommen können – heute nicht mehr im Namen von Klassen- oder Rassenwahn, sondern z. B. der Klimahysterie wegen?

An dieser Stelle sei auch an die Gewaltausbrüche in mehreren englischen Städten im zurückliegenden Jahr erinnert. Viele Fahrzeug- und Ladenbesitzer erlitten damals hohe Verluste. Schlimme Unruhen und Gewalttaten im Zusammenhang mit der sich verschärfenden Schuldenkrise, sind auch in Mitteleuropa nicht mehr auszuschließen. Das möglicherweise auf uns Zukommende ist in Griechenland und Spanien schon Realität. Besonders weit ist es am Ende nicht her mit dem Sicherheitsversprechen des Gewaltmonopolisten – besonders dann nicht, wenn es so weit kommt, daß bewaffnete Staatsschergen sich mit dem randalierenden Pöbel solidarisieren...

Möchte man in einer solchen Lage Leib, Leben, Sicherheit und Besitz vollständig von der Willkür Dritter abhängig wissen? Wäre es nicht doch besser, sich in höchster Not selbst helfen zu können?

Ob man sich der Gefahr aussetzen möchte, im Fall des hoffentlich nie eintretenden Falles völlig wehrlos dazustehen, weil man seinen rechtmäßig erworbenen Besitz willfährig einer Behörde gemeldet hat, die ihr auf diese Weise erlangtes Wissen ausschließlich zum Schaden der Bürger nutzen wird, hat jeder Betroffene bis Juni 2014 selbst zu entscheiden.

Staatsgründer und Verfassungsvater Thomas Jefferson, ein Mann, der es wissen musste, meinte: *„Der wichtigste Grund für die Menschen, ihr Recht zu behalten, Waffen zu tragen ist, als letzter Ausweg, sich vor der Tyrannei der Regierung zu schützen.“* Der Satz gilt heute – über 200 Jahre später – mehr denn je!

Andreas Tögel a.toegel@atomed.at